

Der Oberbürgermeister hat in einem Pressegespräch am 03.08.2017 bekanntgegeben, das im vergangenen Jahr angekündigte, sogenannte Investitionsprogramm Bildung 2022 erweitern zu wollen. Die Investition in die Bildungseinrichtungen soll ein Schwerpunkt für die nächsten Haushaltsjahre sein. Die kolportierten Investitionen werden nur durch entsprechende Fördermittel zu stemmen sein. Insgesamt will die Stadtverwaltung in den kommenden Jahren ca. 255 Millionen Euro investieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Im vergangenen Jahr wurde eine Investitionssumme von mehr als 170 Millionen Euro kolportiert. Wie erklärt sich die Erhöhung der Summe? (bitte alle Maßnahmen Stand 2016 auflisten und den Minder-/Mehrbedarf etc. im Vergleich zum Jahr 2017 entsprechend aufführen)
2. Mit wie vielen Fördermitteln rechnet die Stadtverwaltung ganz konkret? (bitte nach Europa-, Bundes- und Landesmitteln getrennt auflisten) Worauf basiert die Kalkulation?
3. Zudem sollen – so die Stadtverwaltung im o. g. Pressegespräch – Darlehen in Höhe von 62,7 Millionen Euro aufgenommen werden. In welcher Form soll die Aufnahme des Kredites erfolgen? Wie begründet sich die Annahme der Stadt, die Kommunalaufsicht würde einen Investitionskredit in dieser Höhe genehmigen?
4. Es ist anzunehmen, dass die im vergangenen Jahr in den Stadtrat eingebrachte Beschlussvorlage Sanierungsbedarf an städtischen Schulen (Vorlagen-Nummer: VI/2016/01805) durch die im o. g. Pressegespräch vorgestellten Anpassungen aktualisiert werden muss. Wann wird die aktualisierte Beschlussvorlage dem Stadtrat vorgelegt?
5. In der Antwort auf unsere Anfrage zum Kommunalinvestitionsfond des Bundes (Stadtrat 21.06.2017) erklärte die Stadtverwaltung: *Der Deutsche Städtetag teilt per 02.06.2017 mit, dass noch keine Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Länderregierungen vorliegen. Zudem ist die in diesem Zusammenhang geplante Grundgesetzänderung des Artikel 104 c mit Stand vom heutigen Tag noch nicht in Kraft. Nach dem Entwurf der Änderung müssten ferner die Parameter einer finanzschwachen Kommune definiert werden.* Der Oberbürgermeister erklärte nun, dass man damit rechnen könne, dass der Bund für die Sanierungsvorhaben mindestens zehn Millionen Euro zur Verfügung stellen werde. Inwieweit hat sich seit der o. g. Stadtratssitzung die Sachlage verändert? Wenn nicht: Wie kommt der Oberbürgermeister zu der Annahme,

dass der Bund die o. g. Mittel ausreichen wird und auf welcher Grundlage basiert seine Äußerung?

6. Die Stadtverwaltung hat zudem erklärt, Ausweichstandorte für zu sanierende Kitas und Schulen neu bauen zu wollen. An welchen Standorten und wann sollen diese realisiert werden? Inwieweit bestehen Überlegungen, wie konkret diese Standorte nachhaltig genutzt werden können?
7. Die Stadtverwaltung hat in diesem Zusammenhang außerdem darauf verwiesen, dass mehr Personal zur Realisierung der Vorhaben benötigt werde – u. a. im Bereich Immobilien und Vergabe. Mit wie viel Personalaufwuchs rechnet die Stadtverwaltung in diesen Bereichen ganz konkret? Handelt es sich hierbei um Umwidmungen von Stellen innerhalb der Stadtverwaltung oder wird es in diesem Zusammenhang zu einem Personalaufwuchs kommen? Inwieweit hat die Stadtverwaltung den Überlegungen eine Überprüfung der bestehenden Ressourcen zugrunde gelegt?
8. Wofür sollen die externen Beratungsleistungen eingeholt werden? Inwieweit können diese auch von der Kernverwaltung erbracht werden?
9. Der Bedarf im Bereich der Grundschulen wird in den kommenden Jahren wachsen. Die Stadtverwaltung favorisiert eine neue Grundschule in der Schimmelstraße. Worauf basiert die Feststellung, an diesem Ort eine Grundschule anzusiedeln? Inwieweit wurden vorab andere Standorte, geprüft, an denen z. B. Gebäude vorhanden sind? Wenn dies nicht passiert ist: Warum hat die Stadtverwaltung diese Prüfung nicht vorgenommen?

gez. Johannes Krause

Vorsitzender

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)